

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Bezugsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Grete Baumann spricht
Die ehemalige 1. Vorsitzende der SAJ
Niederrhein, am Sonntag
23. Oktober, vorm. 9 Uhr
in Dresden
Die oppositionellen SAJ-Gen.
und brüderlichst
eingeladen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostpreußen / Vellagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 21. Oktober 1931 Nummer 175

SPD, die Gehilfin Groeners!

Schamloses Bündnisangebot der SPD zum Kampf gegen revolutionäre Proletarier

Das Echo, das die Kampfanlage des Reichswehrs und Reichsinnenministers Groener bei den bürgerlichen Zeitungen gefunden hat, ist meist zuckend. Selbst die Zeitungen der Schwerindustrie, die bisher der Brüningregierung mit größtem Mißtrauen gegenüberstanden, erklären sich vollkommen befriedigt durch die Ankündigung Groeners, den Bolschewismus in Deutschland mit „draconischen Ausnahmebestimmungen“ zu bekämpfen.

Alle bürgerlichen Zeitungen erkennen an, daß die Kampfanlage Groeners nur den Kommunisten gilt. So schreibt zum Beispiel die Berliner Volkszeitung:

„Die skandalösen Vorgänge in Braunschweig hätten den Reichsinnenminister zu sofortigem Einschreiten veranlassen müssen. Warum ist das nicht geschehen? Eine Handhabe dazu besaß Herr Groener zweifellos. Wenn er gehandelt hätte, hätte er nicht zu reden brauchen.“

Nach deutlicher wird Georg Bernhard im 8-Uhr-Abendblatt: „Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß, wenn Kommunisten in einem deutschen Lande unter Duldung kommunistischer Minister ähnliches angerichtet hätten, man vermutlich in der Reichszentrale nicht so lange fackeln würde... Dazwischen liegt dieser Zustand dieses schon nicht mehr verhaltenen Bürgerkrieges weiter an, so bleibt den nicht nationalsozialistischen Menschen in Deutschland gar nichts anderes übrig, als mit den gleichen Mitteln zum Kampf zu greifen.“

Es gibt nur eine Zeitung, die ihren Lesern eindringen möchte, die Erklärungen des Generals Groener richteten sich gleichmäßig gegen rechts und links. Unsere Leser haben sicher schon erkannt, welche Zeitung das ist: selbstverständlich der Vorwärts. Das Blatt wagt den Arbeitern angesichts der schon unerschütterlichen Proben Groeners folgendes vorzuschlagen:

„In weiten Arbeiterkreisen ist man aber der Meinung, daß von einem General Unparteilichkeit zwischen dem rechten und linken Radikalismus nicht zu erwarten sei. Der Erfolg oder Mißerfolg des neuen Reichsinnenministers wird in hohem Maße davon abhängen, ob (!) es ihm gelingen wird, diese Meinung zu zerstreuen... Wenn Herr Groener die arbeitende Bevölkerung von seiner Unparteilichkeit gegen rechts und links überzeugen will, so wollen wir ihm gerne dabei helfen.“

Schamlos bietet sich der Vorwärts dem Reichswehrgeneral zum Kampf gegen den Bolschewismus an. Immer offener zei-

gen die SPD-Führer ihr faschistisches Gesicht. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter werden nicht den Weg der Weisheit und Schöpfung geben, sondern sie werden sich im politischen und wirtschaftlichen Kampf vereinen.

„Reichswehr-Einlaß nicht notwendig“

Reichswehrbericht berichtet über Braunschweig

Der Reichsinnenminister General Groener hat sich über die Vorgänge in Braunschweig ein, wie die bürgerliche Presse sagt, „völlig unparteiisches Urteil“ eingeholt, das von dem Reichswehrchef General Groener in Braunschweig kammt. Für die „Unparteilichkeit“ des Berichtes möge folgender Satz zeugen: „Auch sämtliche Veranstaltungen der Nationalsozialisten am 18. Oktober verliefen außerst diszipliniert (!) lediglich (!) durch Uebertreue politischer Gegner auf Nationalsozialisten entfiel vorübergehend eine gesteigerte Spannung.“

Die Kostprobe genügt wohl! Am interessantesten an diesem Bericht des Reichswehrberichts ist aber der Zusatz:

„Der Einlaß der Reichswehr war in keinem Fall notwendig.“ Warum schreibt dies der Reichswehrbericht an den Reichsinnenminister? Hat er Anweisung, im Notfall die Reichswehr gegen die Arbeiter einzusetzen? Man muß das wohl annehmen, denn sonst bliebe dieser Satz völlig unverständlich.

Der Bericht des Reichswehrberichts über Braunschweig ist, wie ein bürgerliches Blatt mit vollem Recht sagt, die „erste praktische Auswertung“ der Tatsache, daß der Reichswehrminister zugleich Reichsinnenminister ist. Die Reichswehroffiziere sind bereits Exekutivorgane des Reichsinnenministers. Langsam aber zäh wird die Ausrüstung der offenen Militärdiktatur auf diese Weise vorbereitet.

Proteststreik gegen Arbeitermord

Die Belegschaft der Firma Külling, des größten Betriebes in Braunschweig hat beschlossen, am Tage der Beilegung des hiesigen Todesopfers des Kahlertortes in den Streik zu treten und alle anderen Betriebe aufzufordern, ebenfalls in den Proteststreik zu treten.

Dieser Streik ist bedeutungsvoll für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Die Belegschaft des Betriebes Külling folgte bis in die letzte Zeit in ihrer übergroßen Mehrheit der SPD. Erst in der letzten Zeit konnte die NSD eine namhafte Stimmenzahl auf sich vereinen.

Sowjetstern gegen Patentkreuz!

Braunschweig ein Signal

Braunschweig war am Sonntag ein Stück Italien. Nach dem blutigen Vorbild der Schwarzhemden Mussolinis hauchten die Braunhemden Hitlers. Mit Dolch und Revolver wurden Arbeiter niedergestreckt. Die SA-Banden schossen in Arbeiterwohnungen. Frauen und Kinder wurden verwundet. Drei Proletarier wurden von der braunen Mordpest gemordet. Mehr als 70 Verletzte sind das Ergebnis der organisierten faschistischen Pogrome. Zwei Tage wütete der Patentkreuzterror in Braunschweig. Die Arbeiter zeigten, daß sie sich nicht widerstandslos abschlagen lassen. Es entwickelten sich regelrechte Straßenkämpfe. Barrikaden wurden gebaut.

Braunschweig ist die Fortsetzung von Harzburg. Wir wälen bereits darauf hin, daß die Hitler, Hugenberg und Schacht nicht nur die Inflation wollen, sondern gleichzeitig den steigerten Terror gegen das Proletariat. Italien, das „dritte Reich“ der Faschisten, ist eine weiche Fülle für die Arbeiter und Bauern. Die Nationalsozialisten wollen auch in Deutschland mit Ketten und Galgen regieren. Braunschweig soll ein Vorpostengebiet sein.

Doch die faschistischen, vom Finanzkapital gekauften Landstrolähe haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. An dem häßlichen Afsen Bolschewismus wird der Mordfaschismus zerschellen!

Braunschweig zeigt auch die Zerbröckelung der faschistischen Front. Hitler belannie sich in seinen Paradedebatten erneut zur Legalität. „Halte die Nerven“, lecht er die SA an. Die Rebellion irreführender Kahlertorten gegen den Legalitäts- und Hugenberg-Kurs wächst. Hitler war bei Hindenburg und schrieb einen Liebesbrief an Brüning. Die Kahlertorte wollen von an die Futterkrippe. Für Ministerposten verkaufen sie sich an das kapitalistische Youngsystem. Der nationalfaschistische Innenminister Klages in Braunschweig führt den inneren Youngplan genau so durch, wie der Sozialfaschist Severing in Preußen.

Die SPD-Führer sind auch in Braunschweig die Wegbereiter des Faschismus. Jahrelang bestand in der Stadt und im Lande Braunschweig eine sozialdemokratische Mehrheit. Die sozialdemokratische Regierung Jajpar hat Nazi-Franken und seinem Nachfolger Klages den Weg gebahnt. Böhme, der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Braunschweig, hat untertäglich des Bürgerkriegsaulmarisches der Nazis nichts unternommen. Vor einigen Wochen hat die kommunistische Partei in Braunschweig ein siegreiches rotes Volksbegehren gegen die Nazi-Hugenberg-Regierung durchgeführt. Die SPD-Führer haben dieses rote Volksbegehren abgelehnt und bekämpft. Gegenwärtig rüstet die KPD zum roten Volksstreik gegen die Klages-Regierung. Wieder stellen sich die sozialfaschistischen Führer schützend vor die faschistische Regierung.

Sozialdemokratische Arbeiter! Hier habt ihr die Einheitsfront der SPD-Führer mit den Hitler-Hugenberg-Faschisten!

In Dresden wollen heute abend die Breitfeld, Arzi und Coe Theaterdonner machen gegen Hitler-Hugenberg. Wir rufen diesen Heuchlern die Larve vom Gesicht. So wie die SPD-Führer in Braunschweig die Hitler-Hugenberg-Regierung in den Sattel gehoben haben und weiter halten, so haben auch Breitfeld und Wels am vergangenen Freitag Brüning, Groener, die Wegbereiter Hitler-Hugengbergs, getilgt. Brüning-Groener sollen der „Schuhwall gegen den Faschismus“ sein. So orakelte die Dresdener Volkszeitung und die übrige SPD-Presse.

Sozialdemokratische Arbeiter, wir fragen euch: Hattet euch nicht die Mut über dieses schändliche Spiel eurer Führer? Das Reichsbanner in Braunschweig hat ein Hilfsprogramm an den Reichswehr- und Innenminister geschickt. Groener, der angebliche Schuhwall gegen den Faschismus, hat ein Einschreiten gegen die Kahlertorden abgelehnt. An demselben Tag, als in den Straßen Braunschweigs das Blut sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter floß, hat der kaiserliche General Groener den draconischen Kampf gegen den Bolschewismus verkündet.

Groener denkt nicht daran, gegen Kahlert Klages einzuschreiten. Die faschistischen Arbeiter wissen aus eigener bitterer Erfahrung, wie 1923 die Reichswehr unter dem Sozialdemokraten Ebert und der sozialdemokratischen Koalitionsregierung mit Strelekmann gegen das rote Arbeiterheer und nicht gegen das faschistische Bayern eingelegt wurde. Das ist ein harter Anschauungsunterricht für diejenigen, die von dem kapitalistischen, faschistischen Staatsapparat ein Einschreiten gegen den Kahlerterror erwarten.

Hitler wurde von dem kaiserlichen Feldmarschall empfangen. Groener ist der Vertrauensmann des Reichspräsidenten. „Eine Kröde haßt der anderen kein Auge an.“ Die Sozialdemokratie toleriert die faschistische Brüning-Groener-Regierung weiter. Das Reichswehrdrillaturabteilung ist ein Schritt weiter zum offenen Faschismus. Die Breitfeld und Wels sind die Gehirnschleifer der Hitler-Hugengbergs.

Wir wollen nur einige Tatsachen aufzählen. Pustkorni war einst Chefredakteur des sozialdemokratischen „Kantari“, des italienischen Vorwärts. Der irakische Leipart ist ebenfalls zum Faschismus übergelaufen. Pustkorni, der politische Arbeiter aufhängen läßt, war jahrelang Führer der polnischen Sozialdemokratie. Der englische Faschistenführer Mosley war noch vor einigen

Reichsbanner meutert gegen Göring

Tumulte auf der heillosen Gaunkonferenz / „Unser Kampf gegen die Kommunisten ist aussichtslos und führt nur zu unserer Niederlage gegen die Nazis“

Frankfurt a. M. 20. Oktober

Je näher der Zeitpunkt der heillosen Landtagswahlen, am 15. November, herannah, um so größer wird das Durcheinander in der SPD und dem Reichsbanner. Am Sonntag, dem 11. Oktober, fand in Frankfurt die Gaunkonferenz des Reichsbanners statt, die in Tumulten auseinanderfiel.

Als Referent sprach der heillos-Innenminister Leuschner, der darauf vorbereitet, daß er durch die Regierung entlassen werden könne, das Reichsbanner zu verbieten. Man solle Groener ruhig Vertrauen schenken und nicht gegen Brüning kämpfen. Hier lehten viele Zwischenrufe und starker Tumult ein.

Darauf gab Rechtsanwalt Fischer niki belanni, daß in Hessen in der letzten Zeit Reichsbannerleute zu 200 Monaten Gefängnis verurteilt worden seien, weil sie gegen die Nazis kämpften. Die heillos Staatsanwaltschaft habe den Zahnstocher eines Arbeiters als Dolch und den Rasiermesser als harmloses Rasiermesser an. Nazis anzuklagen sei fast zwecklos, da meist die Nazis gewinnen und ihre Gegner zu Ungeklagten würden. (Beifall) Das alles sieht der sozialdemokratische Ministerpräsident Baschuefen mit an.

In der Diskussion greift Hitler die Reichsbannerzeitung an. Der Vorstand verlangt sein Abtreten. Großer Lärm. Hitler wird aus dem Saal aufgefördert weiterzusprechen.

Kreisführer Doersch aus Darmstadt greift Leuschner an: „Die Massen wollen nicht beruhigt werden, sondern kämpfen. Unser Einfluß ist gleich und ein. Schluß mit der Tolerierung. Wenn Leuschner unsere Uniform verbietet, werden wir sie trotzdem tragen.“

Zwischenruf Pfungstadt: Wenn Leuschner uns verbietet, dann holen wir ihn aus dem Ministerium heraus. Starker Beifall.

Doersch fortsetzt: Die Massen sind nicht mehr zu halten und propagieren offen das Zusammengehen mit den Kommunisten. Unser Kampf gegen die Kommunisten ist

aussichtslos und führt nur zur Niederlage gegen die Nazis. Das Steuer muß herumgerissen werden. (Beifall)

Stimmsturm greift Göring ein

Er stellt mit Bedauern fest, daß im Gau Hessen, sonst einer der besten, jetzt Anarchie herrsche. Er fauzelt die Opposition in hochschreiender Weise ab. Dann brückt er sich unter dem Vorwand einer eiligen Berliner Konferenz und verlangt zum Abschluß Ruhe und Besonnenheit. Diese Zwischenrufe drücken auf ihn nieder. Göring wird während und schreit, daß man Brüning tolerieren müsse, sonst käme Hitler, worauf prompt Zwischenrufe ertönen: „Der kommt ja sowieso!“ „Wenn er kommt, dann durch unser Tolerieren.“

Leuschners Schlusswort ist kaum verständlich, so groß ist der Tumult.

In Einzelgesprächen erklären nicht wenige Reichsbannerleute, daß sie kommunistisch wählen werden, weil die Kommunisten wirklich Einheitsfrontpolitik gegen Faschismus betreiben.

Betriebs-Einheitsfront!

Der Berliner Metalller gegen Lohnabbau

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Meldung.)

Die Durchführung der gewaltigen Abbaumassnahmen in der Berliner Metallindustrie zeigen, daß die Unternehmensleiter des DVB es versuchen werden, den Lohnabbau möglichst überzähnd und ohne lange Verhandlungen unter Dach und Fach zu bringen.

Inzwischen wächst der Widerstand in den Betrieben. Bisher sind in 20 Betrieben Kampfausschüsse gewählt worden, die die Belegschaft zum Kampf mobilisieren. In einigen Betrieben, so in der HSB Treppbau, sind bereits Kampfberungen aufgestellt worden und der Einheitswille ausgesprochen worden, eine gemeinsame Kampffront zwischen DVB-Arbeitern und den Kollegen des roten Verbandes herzustellen.